

Für  
Planspiel  
der Forschungsgruppe Jugend und Europa  
des Centrums für angewandte Politikforschung  
Prinzregentenstr.7  
D-80538 München

Antworten des Europaabgeordneten Dr. André Brie

Was sind Ihre wesentlichen Forderungen im Bereich der Sicherheitspolitik, die Sie in der kommenden Legislaturperiode des EP unbedingt voranbringen möchten?

Europäische Sicherheitspolitik beinhaltet Konzepte und Instrumente der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung. Sie stützt sich zunehmend auf militärische Komponenten. Aus meiner Sicht sind die Prioritäten falsch gesetzt. Die EU konzentriert sich auf die Schaffung europäischer Streitkräftestrukturen und vernachlässigt den Aspekt der Krisenprävention. In Deutschland und anderen Mitgliedstaaten werden die Armeen umstrukturiert und auf Interventionen in Gebieten außerhalb Europas vorbereitet. Den alten und neuen Bedrohungen für die Sicherheit Europas – Terrorismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Konflikte, die sich aus innerstaatlichen Fehlentwicklungen, Kriminalität und Drogenhandel – kann man nicht mit Militär begegnen. Die EU muss sich in ihrer praktischen Politik von ihrem militärisch dominierten Sicherheitsverständnis verabschieden und ursachenorientierte Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung zum Schwerpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik machen. Hier ist eine intelligente, vorausschauende, langfristig angelegte Politik, die bei den Ursachen ansetzt, gefragt. Die EU verfügt gerade auf diesem Gebiet über positive Erfahrungen (z.B. Schweden), Potenzen und die entsprechenden Instrumente. Es fehlt am ausreichenden gemeinsamen Willen, sie konsequent einzusetzen und weiterzuentwickeln.

Die Sicherheitsdoktrin der EU öffnet das Tor für präventive Kriege und weltweite Militärinterventionen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass europäische Truppen nicht in völkerrechtswidrigen oder völkerrechtlich zweifelhaften militärischen Aktionen zum Einsatz kommen, und ich mache das nicht vom Schreibtisch aus, sondern wie im Kosovo, im Irak und in Afghanistan auch vor Ort.

Frieden kann man nicht diktieren. Die Erkenntnis, die nach dem zweiten Weltkrieg zur Schaffung der UNO geführt hat, dass Sicherheit nur zu erreichen ist, wenn die Staaten auf gleichberechtigter Basis zusammenarbeiten und auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichten, muss in der internationalen politischen Praxis durchgesetzt werden. Europa kann dazu wichtige Beiträge leisten. Dazu gehört, dass sich Europa eine eigenständige, primär zivile gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt, sich kritisch mit der Weltmachtspolitik der USA auseinandersetzt statt ihr zu folgen, ihre privilegierten Beziehungen im Interesse einer Veränderung US-amerikanischer Außenpolitik nutzt und einen Beitrag zur Stärkung der UNO leistet.

Europa ist auch mehr als 10 Jahre nach Beendigung der Blockkonfrontation hochgerüstet. Mitgliedstaaten und Nachbarländer der EU verfügen über Massenvernichtungswaffen. Der internationale Waffenhandel blüht. Die Militärausgaben steigen weltweit. Eine neue Rüstungsspirale hat sich zu drehen begonnen. Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge werden in Frage gestellt, gar nicht erst unterschrieben, nicht ratifiziert und verletzt. Europa muss einen Beitrag dazu leisten, den Prozess der Rüstungskontrolle und Abrüstung wieder in Gang zu setzen. Dabei geht es um mehr als die Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Es geht um die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen weltweit –auch in Europa.

Die Konzipierung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat sich weitgehend außerhalb parlamentarischer und öffentlicher Diskussion vollzogen. Das Europäische Parlament hat keine Mitbestimmungsrechte in diesem Bereich. Das soll sich auch mit der EU-Verfassung nicht ändern. Dieses demokratische Defizit muss beseitigt werden.

Welche Maßnahmen und Mittel im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sehen Sie als erforderlich an, um die Demokratie im Nahbereich Europas und der Welt zu stärken?

Wer Demokratie weltweit fördern will, darf auf der einen Seite demokratische Defizite nicht zulassen und muss auf der anderen Seite eine konsequente Politik zur Förderung von Menschenrechten und Demokratie betreiben. Auf beiden Gebieten gibt es in der Europäischen Union Handlungsbedarf. Nach dem 11. September verstärken sich auch in Europa antidemokratische Tendenzen: Bürgerrechte werden zu Gunsten staatlicher Eingriffe in die Privatsphäre eingeschränkt, Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten überproportional erweitert. Europäische Außenpolitik hat in der Vergangenheit ihren Einsatz für Demokratie und Menschenrechte nicht selten ökonomischen oder machtpolitischen Interessen geopfert. Ein Beispiel dafür ist der weitgehende Verzicht auf die Kritik der Tschetschenien-Politik Russlands nach dem 11. September. Innen- und außenpolitisch muss Europa konsequenter seine demokratischen Werte verteidigen.

Notwendig ist eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärkung des Rechts muss die oberste Prämisse in der internationalen Politik werden. Die EU muss der globalen und militärischen Dominanzpolitik der USA Widerstand und Alternativen entgegensetzen. Die UNO muss gestärkt und demokratisiert werden. Für die Länder des Südens und des Ostens muss ein gleichberechtigter Einfluss auf die Welthandelsorganisation, den Internationalen Währungsfond und den Welthandel durchgesetzt werden.

Die Reformprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten, die am 1. Mai Mitglied der EU werden, haben zur Herausbildung stabiler demokratischer Strukturen geführt. Die EU hat diese Prozesse im Zuge der Vorbereitung dieser Länder auf den Beitritt zur Europäischen Union unterstützt. Die Erfahrung, dass mittels Dialog, Zusammenarbeit und materieller Unterstützung Demokratisierungsprozesse befördert werden können, sollte bei der Entwicklung der Beziehungen, insbesondere mit den EU-Nachbarstaaten genutzt werden. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass Isolierung und Ausgrenzung von Staaten undemokratische, autoritäre politische Strukturen befördern.

Nichtstaatliche Akteure sind oft Vorreiter für Demokratisierungsprozesse. Sie zu unterstützen, ist ein wirkungsvoller Weg, um Demokratisierungsprozesse zu befördern. Das funktioniert aber nur, wenn diese Kräfte sich selbst ausschließlich demokratischer Instrumentarien bedienen.

Welche Maßnahmen und Mittel im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sehen Sie als erforderlich an, um den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln zu bekämpfen?

Das Phänomen des Terrorismus ist nicht neu. Auf die Gefahr terroristischer Anschläge hat die Friedens- und Konfliktforschung schon vor 30 Jahren hingewiesen und eine ursachenorientierte Terrorismusbekämpfung eingefordert. Da die Ursachen vielfältig sind, müssen auch die Lösungsansätze komplex sein. Einfache Antworten gibt es nicht. Zu den Instrumentarien internationaler Politik gehören eine Entwicklungspolitik, die nicht nur Strukturpolitik für den Norden und Marktöffnung ist, eine konsequente Politik zum Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte, der Dialog der Kulturen, Schritte zur Schaffung einer gerechten politischen und Weltwirtschaftsordnung. Unverzichtbar ist es, die seit Jahrzehnten

schwelenden Konflikte, insbesondere den Nahost-Konflikt, einer gerechten, die Interessen aller beteiligten Seiten berücksichtigenden Lösung zuzuführen.

Die militärischen Aktionen der Antiterror-Allianz in Afghanistan waren und sind völkerrechtlich fragwürdig, in ihrem Mitteleinsatz unverhältnismäßig und in ihren Ergebnissen beschränkt oder sogar kontraproduktiv. Das Beispiel Afghanistan zeigt, dass nur dort, wo sich im Ergebnis der politischen Veränderungen in Afghanistan selbst und der politischen, finanziellen und materiellen Hilfe der internationalen Gemeinschaft das Alltagsleben der Menschen zum Positiven verändert, Terroristen die Unterstützung der Menschen verlieren.

Die Terrorakte des 11. September und die darauf folgenden Reaktionen der „Antiterror-Allianz“ haben den Bemühungen, die internationalen Beziehungen auf die Basis des Rechts zu stellen, schweren Schaden zugefügt. Das ist für die Auseinandersetzung und Bekämpfung von Terrorismus kontraproduktiv. Geboten ist deshalb die unverzügliche Rückkehr zur Bindung aller Aktionen gegen den internationalen wie transnationalen Terrorismus an das Recht – in der Innen- ebenso wie in der internationalen Politik. Rechtsbruch darf nicht mit Rechtsbruch vergolten werden.

Die EU muss aufhören, diktatorische Regime zu unterstützen und die Verletzung von Menschen- und Minderheitenrechten zu akzeptieren, nur weil Regierungen den militärischen Kampf gegen den Terrorismus unterstützen, verfügen. Eine konsequente Politik zum Schutz der demokratischen, Menschen- und Minderheitenrechte wäre ein wichtiger Beitrag zur Terrorismusbekämpfung.

Es führt kein Weg daran vorbei, den Kampf gegen den Terror - weg von militärischen Einsätzen - in die Bahnen polizeilicher Verfolgung und gerichtlicher Verfahren zu lenken. Terroristen müssen gefasst und vor Gericht gestellt werden. Wenn nationale Gerichte nicht willens oder fähig sind, terroristische Vergehen zu ahnden, sollte der internationale Strafgerichtshof diese Aufgabe übernehmen. Es wäre in diesem Zusammenhang unerlässlich, die USA, China und Russland zum Beitritt zum Strafgerichtshof zu bewegen.

Der Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen darf nicht darauf beschränkt werden, Russland bei der Umsetzung seiner Verpflichtung aus internationalen Abrüstungsverträgen und der Vernichtung veralteter Bestände zu unterstützen und die Staaten, die keine Massenvernichtungswaffen besitzen daran zu hindern, solche zu erwerben. Eine Stärkung des Nichtweiterverbreitungsregimes kann nur gelingen, wenn sie nicht zu einer Vertiefung der Zwei-Klassen-Gesellschaft führt, sondern Schritte unternommen werden, um diese aufzuheben. Die Kernwaffenstaaten müssen endlich ihre mit dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen übernommene Verpflichtung ernst nehmen, ihre Kernwaffen zu vernichten. Die EU sollte sich dafür engagieren, dass der Teststopp-Vertrag in Kraft tritt. Die Stagnation bei der Umsetzung des Vertrages über das Verbot und die Vernichtung von chemischen Waffen muss überwunden werden. Die Erosion der bi- und multilateralen Abrüstungsverträge, die von den USA wesentlich verursacht wurde, muss gestoppt werden. Die Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz, müssen neu belebt werden.

#### Wo sehen Sie Chancen und Risiken einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU?

Kein Land kann heute alleine die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Mit einzelstaatlicher Politik haben die europäischen Staaten in der heutigen Welt kaum noch eine Chance auf Einfluss in den entscheidenden internationalen Fragen. Mit einem gemeinsamen Auftreten zu internationalen Problemen könnten die EU-Mitgliedstaaten wirkungsvoller außenpolitische Positionen international vertreten. Eine gemeinsame EU-Außenpolitik kann ein bedeutsames Gegengewicht zur bedrohlichen Tendenz von Unilateralismus und Militarisierung durch die USA-Politik sein.

Nur wenn die Europäische Union eine kooperative, nicht militärisch determinierte Sicherheitspolitik betreibt, wird sie Frieden und Sicherheit in Europa gewährleisten. Die EU kann als wichtiger Partner der USA einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Multilateralismus und der UNO leisten. Sie kann ihre Erfahrungen bei der Überwindung Jahrhunderte alter Konflikte und mit komplexen Integrationsprozessen und ihren Wertekanon – Demokratie, Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte, Rechtstaatlichkeit und Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt in die Gestaltung der internationalen Beziehungen einbringen. Sie kann mit einer Wirtschafts-, Entwicklungs-, Handels- und Finanzpolitik, die dazu beiträgt Armut und Unterentwicklung nachhaltig zu überwinden, Konfliktpotentiale verringern.

Der Versuch, mit militärischen Mitteln den Einfluss der EU auf die internationalen Beziehungen zu erhöhen, gefährdet die Sicherheit Europas. Diese Entwicklung trägt dazu bei, die Um- und Aufrüstung weltweit anzukurbeln. Sie befördert die Militarisierung des Denkens und der Politik, setzt die Schwelle zu militärischen Einsätzen herab und fördert damit letzten Endes die Vorherrschaft der USA. Die Verschwendung von finanziellen Ressourcen für den Aufbau von Interventionsstreitkräften entzieht den europäischen Staaten dringend benötigtes Geld für Arbeitsplätze, Sozial- und Umweltpolitik, Bildung, Forschung und Kultur.